



Interne Dienste und Kreistag  
Az.: 32  
Datum: 21.02.2007  
Sachbearbeiter/in: Britta Ammoneit

Vorlagenart	Vorlagennummer
<b>Antrag</b>	<b>2006/055</b>
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich

**Beratungsgegenstand:**

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.03.2006 (Eingang: 30.03.2006);  
Resolution gegen die Gebührenerhebung für die Nutzung kommunaler Sporthallen und Sportstätten

**Produkt/e:**

03.12.10 - Bereitstellung von Flächen und Räumen

Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	24.04.2006	Kreisausschuss
Ö	03.05.2006	Kreistag

**Abzeichnung:**

Landrat

Organisationseinheit

**Beschlussvorschlag:**

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, folgende Resolution durch den Kreistag am 03.05.2006 zu fassen:  
„Der Kreistag des Landkreises Lüneburg spricht sich gegen jegliche Gebührenerhebung für die Nutzung kommunaler Sporthallen und Sportstätten aus. Der Kreistag setzt sich dafür ein, dass die kreiseigenen Sporthallen und Sportstätten im Landkreis und der Stadt Lüneburg auch weiterhin gebührenfrei den Sportvereinen zur Verfügung stehen.“

**Begründung:**

„Zum ersten Mal werden in unserer Region für die Nutzung von kommunalen Sporthallen durch Sportvereine Gebühren erhoben. Gegen eine solche Verfahrensweise ist von vornherein deutlich Position zu beziehen.

Sportvereine leisten in unserer Gesellschaft einen großen und nicht verzichtbaren Anteil an der Kinder- und Jugendbetreuung. Keine andere Institution kann so günstig qualifizierte Jugendbetreuung zum Wohle der Allgemeinheit in dem Umfang anbieten, wie die Sportvereine es tun. Sportvereine leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen immensen Beitrag zum Erhalt der sozialen Strukturen in unseren Gemeinden. Sie dabei wirkungsvoll zu unterstützen, ihr Engagement noch stärker anzuerkennen sind wichtige Ziele zur Stärkung des Ehrenamts und des Bürgerengagements.

Auch in Zeiten angespannter öffentlicher Finanzen darf diese qualifizierte Arbeit nicht durch zusätzliche Kosten in Frage gestellt werden. Defizite in der Kinder- und Jugendbetreuung können später zu wesentlich höheren sozialen Aufwendungen führen.“